Herr Ebbinghaus findet die Verwaltungsvorlage sehr ungenau formuliert; es ist nicht erkennbar, welche Planungsleistungen genau ausgeschrieben werden sollen. Er bittet Frau Hilverkus um Auskunft, ob die Splittung der Planungsleistungen über mehrere Jahre mit demselben Ingenieurbüro eventuell gegen vergaberechtliche Vorschriften verstößt.

Hierzu merkt Frau Hilverkus an, dass bei solchen Planungsleistungen die Vorschriften der VOF anzuwenden sind. Man liegt allerdings im vorliegenden Fall mit ca. 85.000 € weit unter dem Schwellenwert von 209.000 €. Die Anwendung der VOF ist unterschwellenwertig nicht vorgeschrieben, so dass sich die Stadt in dem vom Innenminister vorgegebenen Erlass bewegt.

Es folgt nun die Abstimmung.